



Fotos: HgGUR/Martini

Dr. Michael Roesnick



Dr. Johannes Klein

Resolvenz statt Tod des Patienten

Heidelberg. Der Veranstaltungsort des fünften Heidelberger Symposiums zur Unternehmensrestrukturierung war die vollständig sanierte und modernisierte und im Juni 2011 eingeweihte »Neue Aula« der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Als Referenten zu dem Thema »Resolvenz: Quo vadis?« waren u. a. Prof. Dr. Dres. h. c. Paul Kirchhof, Dr. Eric Fellhauer und MinDir Marie Luise Graf-Schlicker eingeladen, die den großen Kreis um Aktuelles aus internationaler Politik, Gesetzgebung und Wirtschaft schlagen sollten.

Text: Dipl.-Rechtspflegerin Lydia Brecht, Martini Rechtsanwälte



Nachdem das Thema des vorherigen Heidelberger Symposiums für Unternehmensrestrukturierung vor allen Dingen die Finanzwirtschaftskrise und deren Folgen gewesen war, reichten die Referate des diesjährigen »Jubiläumssymposiums« von der Betrachtung und Analyse des einzelnen Unternehmens über nationale Aspekte des Insolvenzrechts bis hin zu Themen von europäischem und internationalem Interesse und Ausmaß wie der Staateninsolvenz oder dem Zusammenhang zwischen Bankenhandeln und Unter-

nehmenskrisen. Der Anfang der Veranstaltung wurde auch dieses Mal von Rechtsanwalt Christopher Seagon und Michael Blatz, den Geschäftsführern der Heidelberger Gemeinnützige Gesellschaft für Unternehmensrestrukturierung mbH, sowie mit Grußworten des Prorektors der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, der die Wichtigkeit von Studiengebühren für einen gut funktionierenden universitären Betrieb unterstrich, eingeläutet. Michael Blatz hat an seinen Vortrag vom vergangenen Jahr »Vom kranken



Michael Blatz



MinDir Marie Luise Graf-Schlicker



Dr. Eric Fellhauer



RiBVerfG a.D. Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof

Mann und seiner Genesung in Europa« angeknüpft und auf die aktuelle wirtschaftliche Stärke Deutschlands in Europa hingewiesen. Im Jahr 2011 habe das Wachstum in Deutschland etwa drei Prozent betragen. Die Wachstumsprognosen mussten seit 2009 immer wieder nach oben korrigiert werden, allein im Jahr 2011 sechs Mal. Grund hierfür sei der gut aufgestellte deutsche Mittelstand sowie die Ansiedlung von Großkonzernen, die für hohe Exportraten sorgen. Im Wachstum der US-amerikanischen und der chinesischen Industrie, aber auch in der gestiegenen Nachfrage aus Russland, Brasilien – hier vor allem aufgrund der bevorstehenden Olympischen Spiele 2016 und der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 – sowie Indien sieht Michael Blatz die eigentlichen Ausfuhr- und Exportchancen für Deutschland.

Von Philipp II. bis zum Maastricht-Vertrag

Mit seinem Vortrag über die Möglichkeiten der Wiederherstellung der Resolvenz eines Staates fesselte und begeisterte der Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Dr. Dres. h. c. Paul Kirchhof die Zuhörerschaft. Die derzeitige Diskussion um Staatsverschuldung sei nichts Neues, so habe z.B. Philipp II. von Spanien viele Insolvenzen während seiner Regentschaft erlebt. Auch Griechenland habe im 19. Jahrhundert mehrfach seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Die Insolvenz eines Staates kommt heute jedoch nicht mehr in Frage, sondern vielmehr eine Resolvenz, d.h. die geordnete Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit eines Staates. Der »Tod des Patienten« sei in diesem Fall nicht möglich, sondern nur die Heilung, so Professor Kirchhof. Der Staat sei für die Bürger als Garant unverzichtbar. Er habe mit den Steuereinnahmen für

die Infrastruktur, d. h. Kultur, Bildung und eine soziale Mindestversorgung, Sorge zu tragen. Der Steuerertrag solle also an die Allgemeinheit zurückgegeben werden. Was nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen sollte, werde im Moment als Allheilmittel eingesetzt, um diesen Aufgaben nachkommen zu können: das Instrument der Neuverschuldung. So würden derzeit in Deutschland allein 14 Prozent der Steuereinnahmen für die Zahlung der Zinsen der laufenden Kredite verwendet. Die Pro-Kopf-Verschuldung liege in Deutschland bei ca. 24.400 Euro. Deshalb schlägt Prof. Dr. Dres. h. c. Paul Kirchhof vor: Steigt die Verschuldung um ein Prozent, sollen gleichzeitig die Ausgaben für die Leistungen des Staates sinken. So erlebe jeder Bürger in der Gegenwart, wie belastend Schulden sein können. Das Problem würde dann nicht auf die nächste Generation verlagert. Zudem sollten Gläubiger, die sittenwidrige Kredite an einen Staat vergeben, stärker zur Verantwortung gezogen werden. Die im Maastricht-Vertrag geregelte Defizitquote von unter drei Prozent werde ständig überschritten, sodass zu überdenken sei, ob eine Geldstrafe die richtige Sanktion in diesem Fall ist.

Das Auf und Ab im Fall Opel

Den Vortrag zum Fall Opel begann Dr. Eric Fellhauer, Experte in Sachen Firmenübernahmen und Beteiligungen und Managing Director der Lazard & Co. GmbH, mit ausgewählten Pressestimmen zur Opel-Transaktion im Jahr 2009 wie z. B. »Ohnmacht bei Opel«, »Wirtschaftsforscher warnen vor Staatshilfen für Autobauer« oder »Rettung aus dem Kanzleramt?« Warum gab es solch einen Wirbel wegen Opel? Zum einen sei es um den möglichen Verlust von



25.000 Arbeitsplätzen gegangen, zum anderen sei Opel eine Marke, die tagtäglich auf den deutschen Straßen zu sehen ist, so Fellhauer. Von der Bundesregierung wurde zur Rettung von Opel eine sogenannte Opel-Task-Force eingesetzt. Fellhauer war Mitglied der Opel-Task-Force und hatte die Bundesregierung bei der Prüfung der Übernahmeangebote der Investoren Magna, Fiat, BAIC usw. beraten. Der Übernahmeprozess habe sich indes sehr schwierig gestaltet, da General Motors (GM) und nicht Opel Inhaber der Patent- oder Markenrechte war. Die notwendige Abtrennung vom Mutterkonzern GM, welche eine der Voraussetzungen für das Angebot von Fiat war, hätte bei GM keine Zustimmung gefunden. Auch wegen der bestehenden Pensionsansprüche der Opelmitarbeiter in Höhe von ca. drei Mrd. Euro und dem Imageproblem der Marke Opel, welche nicht mehr für Qualität und Zuverlässigkeit stand, habe es keine zufriedenstellenden Übernahmeangebote gegeben. Nachdem monatelang diskutiert worden sei, welche die beste Lösung für Opel sein könnte und sogar die EU-Kommission habe prüfen müssen, ob die von der Bundesregierung angekündigten Milliardenhilfen für den deutschen Autobauer gegen EU-Recht verstoßen, habe GM überraschend verkündet, Opel im Konzern zu behalten. Damit war ein Verkauf von Opel kein Thema mehr.

BMJ wirbt für Reformvorschlag zur RSB

Marie Luise Graf-Schlicker, Ministerialdirektorin beim Bundesministerium der Justiz, legte die Beweggründe für die am 01.03.12 in Kraft getretene Reform des Insolvenzrechts durch das ESUG dar. Zum einen sollen die Gläubigerrechte – auch im Insolvenzantragsverfahren – gestärkt werden und eine Basis dafür geschaffen werden, dass Insolvenzanträge in Zukunft so rechtzeitig gestellt werden, dass eine Sanierung des betroffenen Unternehmens noch möglich ist. Zum anderen sollen Gläubiger und Schuld-

ner durch die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses bestimmen können, mit welchem Insolvenzverwalter sie zusammen arbeiten wollen. Graf-Schlicker stellte auch die geplante Änderung des Restschuldbefreiungsverfahrens vor. Die Restschuldbefreiungsphase soll verkürzt werden, aber nicht um jeden Preis, so Graf-Schlicker. Schuldner, die durch ihre Bemühungen, z. B. durch freiwillige Zahlungen, dazu beitragen, dass die Gläubiger eine Quote von 25 Prozent erhalten, sollen bereits nach drei Jahren schuldenfrei sein. Denjenigen, welche zumindest die Verfahrenskosten in voller Höhe begleichen können, soll nach fünf Jahren die Restschuldbefreiung erteilt werden. Sollte keines der beiden Kriterien erfüllt werden können, sei die Entschuldung weiterhin erst nach sechs Jahren möglich. Gläubiger könnten nach diesem Gesetzesentwurf den Antrag auf Versagung der Restschuldbefreiung auch schriftlich stellen und müssten nicht mehr persönlich im Schlusstermin erscheinen. Die nächste Stufe der Reform des Insolvenzrechts soll sich mit Regelungen zu einem einheitlichen Konzerninsolvenzrecht beschäftigen.

Krisenmanagement eines Automobilzulieferers

Auch der Automobilzulieferer Preh GmbH, der in den Bereichen Climate Control, Driver Controls, Sensor Systems, ECUs and Instruments sowie Innovative Automation unter anderem Audi und BMW beliefert, war von der Finanzwirtschaftskrise und dem darauffolgenden Umsatzeinbruch im Automobilmarkt betroffen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Preh GmbH, Dr. Michael Roesnick, sowie Dr. Johannes Klein von Roland Berger Strategy Consultants zeigten auf, wie die Preh GmbH mit einer geringeren Kreditlinie und der Kündigung eines Großauftrags zu kämpfen hatte und wie das Unternehmen durch das Preh Premium Product Cost Down Programm, z. B. durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe und einer



(v. li.) Dr. Hans Albrecht, Claudia Diem, Klaus Greger und Moderator RA Christopher Seagon

Senkung von Material- und Personalkosten sowie eine frühzeitige Erkennung der bevorstehenden Krise und ganzheitlichen Einsatz von professionellem Support, die kritische Zeit überstand. Seit 2011 ist das chinesische Unternehmen Joyson Investment Holding Co., Ltd Mehrheitsgesellschafter der Preh GmbH. Dadurch sei dem Unternehmen nunmehr auch der Zugang zum chinesischen Markt und der Aufstieg zum Global Player ermöglicht worden.

Die Rolle der Kreditinstitute in der Unternehmenskrise vor Basel II war das Thema des von RA Christopher Seagon moderierten Streitgesprächs. Bei Basel III handelt es sich um ein Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Ziel der Reform ist es u. a., dass Bankinstitute durch die Erhöhung der Mindesteigenkapitalanforderungen stärker und besser in einer Krise agieren können. Dr. Hans Albrecht, Geschäftsführer der Nordwind Capital Erste Industriebeteiligungen GmbH, Claudia Diem, Mitglied des Vorstands der Baden-Württem-

bergischen Bank, und Klaus Greger, Bereichsvorstand Group Intensive Care bei der Commerzbank AG, diskutierten über den Sinn und die Vorteile von Basel III. Nach der Ansicht von Diem und Greger seien die Banken durch den Aufbau von Eigenkapitalquote und die Besinnung auf banktypische Geschäfte für den Fall einer nächsten Finanzkrise sehr gut aufgestellt. Man sollte die Zukunft aber nicht zu rosig sehen, warnte Dr. Albrecht. Seiner Meinung nach bestehe durchaus die Möglichkeit, dass es wieder zu einer Finanzkrise wie im Jahr 2008/2009 kommen könne, da die Banken nach wie vor zu risikoreiche Geschäfte tätigten. Zum Abschluss der Tagung machte Prof. Dr. Werner F. Ebke, Direktor des Instituts für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg, kurze pointierte Anmerkungen zu den einzelnen Vorträgen und lieferte damit nochmals eine kompakte Zusammenfassung des fachlichen Kongressgeschehens, bevor das Symposium dann langsam in lockerer Form ausklang. «

